

Klimawandel und Ernährungssicherheit

Workshop I vom 23. Oktober 2010: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Vier Experten beleuchteten die ökonomischen Herausforderungen des Klimawandels aus lokaler und globaler Perspektive. Die Bedeutung der Landwirtschaft als Nahrungsmittelproduzentin stand dabei im Mittelpunkt.

Klima und Agrarmärkte – ein Zwillingsspaar

Die Landwirtschaft, einerseits als Leidtragende, andererseits als Mitverursacherin des Klimawandels, stand im Zentrum des Referates von Dr. Robert Jörin vom Institut für Umweltentscheidungen, ETH Zürich:

Häufigere Wetterextreme (Überschwemmungen in Asien, Dürren in Australien) infolge des Klimawandels gefährden unmittelbar die Nahrungsmittelproduktion. Exportrestriktionen und Protektionismus der Landwirtschaft grosser Lieferländer sowie eine gleichzeitig ansteigende Nachfrage nach Lebensmittelprodukten aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums und des steigenden Wohlstands führen zu empfindlichen Preissteigerungen und Handelsverzerrungen. Am Beispiel von Exportmassnahmen zeigte Jörin auf, wie die durch das Klima bedingte „natürliche“ Volatilität bei Ernten durch politische Massnahmen verstärkt wird. Dabei sind oft wirtschaftlich schwache Länder mit geringeren Emissionen am stärksten vom Klimawandel und dessen Folgen betroffen. Eine Möglichkeit, um gegen diese globale Ungerechtigkeit anzukämpfen sieht Jörin im Verursacherprinzip: „Wer verschmutzt, soll auch zahlen“.

Die Landwirtschaft ist nach Jörin aber gleichzeitig selbst auch mitverantwortlich für den Klimawandel. Beispielsweise produzieren Wiederkäuer wie Kühe grosse Mengen an Methan, Lachgas (von Gülle und Mist) und die Maschinen der Bauern stossen CO₂ aus. Es müssen Anreize für die Bauern geschaffen werden, den Ausstoss von Treibhausgasen zu reduzieren. Deshalb schlägt der Referent als Alternative ein Agroforstsystem vor, welches sich durch eine Kombination von nicht-verholzenden (Ackerpflanzen, Grünland) mit verholzenden Kulturen (Bäume) auf derselben Fläche auszeichnet. Das ausgestossene CO₂ kann somit unmittelbar durch die Pflanzen im Agroforst gebunden werden.

Abschliessend wies Jörin auf die Notwendigkeit eines kohärenten Regelwerks von Handels- und Klimapolitik hin. Er plädierte für die Reduktion von Preisverzerrungen durch den Abbau von Protektionismus und unnötigen Exportrestriktionen sowie für Lenkungsabgaben, Emissionenhandel, Forschung und Beratung.

Was Preise bewirken

Prof. Gunther Stephan vom volkswirtschaftlichen Institut der Universität Bern knüpfte am Referat von Jörin an, in dem er sich auf die Bedeutung der Preise als Lenkungs- und Steuerinstrument konzentrierte. Unter der Voraussetzung eines freien Marktzutrittes erfüllen die Preise die Funktion, Angebot und Nachfrage zu koordinieren. Bezogen auf die Emission von Treibhausgasen müsste die Natur demzufolge für ihre Dienstleistung, nämlich den Abbau von Schadstoffen, eine monetäre Entschädigung erhalten, so Stephan. Nach der industriellen Revolution um 1750, die eine ständig wachsende Dienstleistungsnachfrage bei der Natur zur Folge hatte, hätte der Preis als Regulierungsinstrument im gleichen Masse ansteigen sollen, um das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu garantieren. Wegen der fehlenden Eigentumsrechte der Natur und der falsch strukturierten Rahmenbedingungen können die Preise aber ihre Funktion nicht erfüllen, was ein Marktversagen zur Folge hat. Um die Problematik zu entschärfen, forderte Stephan Lenkungsabgaben, nicht nur in einzelnen Sektoren und Regionen, sondern weltweit. Die Dienstleistung der Natur ist ein homoge-

nes Gut, das global gleich in Anspruch genommen wird, begründete er, und jede Nutzung soll belastet werden. Lenkungsabgaben sollten grundsätzlich die Eigeninitiative fördern, was bedeutet, den Mitteleinsatz unmittelbar mit dem Ziel zu verknüpfen.

Konkret propagierte Stephan eine effektive Umsetzung des CO₂-Gesetzes, wobei die Einkommenswirkung berücksichtigt werden müsste, um Reiche nicht zu bevorzugen.

Zum Schluss entwickelte Stephan die Idee einer pro Kopf-Verteilung von Emissionsrechten als mögliche Lösung. Dadurch hätten auch ärmere Länder mit weniger Bedarf an Treibhausgasausstoss Vorteile, denn sie könnten ihre Emissionsrechte verkaufen und dadurch Einnahmen generieren.

Jörin und Stephan waren sich damit weitgehend einig, dass jeder Emissionenausstoss belastet werden sollte.

Treibhaus Bern

Auf die regionalen und lokalen Herausforderungen des globalen Klimawandels richtete Dr. Werner Hediger, Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, den Fokus in seinen Ausführungen. Wie gehen Akteure im Ernährungssektor damit um?

Im Rahmen dieser Standortbestimmung wies er auf die hohe und heterogene Landnutzung im Kanton Bern hin. Das Klima als Produktionsfaktor zwingt zu neuen Anpassungen, die Hediger sowohl als Chance als auch als Herausforderung sieht. Bodenschonende Landwirtschaft und nachhaltige Forstwirtschaft nannte er als konkrete Beispiele. Hediger postulierte neue, integrative Ansätze in der gesamten Wertschöpfungskette der Produkte sowie Anpassung und Risikominderung durch proaktives Handeln. Dabei sieht er beispielsweise in der zunehmenden Nachfrage nach „Local Food“ einen zwecksmässigen Anknüpfungspunkt. Es geht ihm aber weniger um eine staatliche Regulation als vielmehr um das mit den Landwirten gemeinsame Erarbeiten von Zukunftsperspektiven und innovativen Lösungsmöglichkeiten.

Es gilt, so Hedigers Fazit, eine Brücke zwischen Theorie und Praxis zu schlagen und die Herausforderung des Klimawandels als Chance für ein nachhaltiges, multifunktionales und resilientes System zu nutzen.

Brot oder Sprit von Berner Bauern?

Eduard Hofer, a. Vizedirektor BLW und selber auf einem Bauernhof aufgewachsen, wies in seinem Referat insbesondere auf die Bedeutung des Agrarsektors im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang hin.

Der im internationalen Vergleich tiefe Selbstversorgungsgrad von 60% ist in der Schweiz gepaart mit grossem Wohlstand und teuren Strukturen. Da es in der Bundesverfassung verankert ist, dass die Landwirtschaft durch eine auf den Markt ausgerichtete Produktion und Erhaltung die natürliche Lebensgrundlage der Bevölkerung gewährleistet, sind staatliche Subventionen legitimiert. Wie sich die Bedeutung der Landwirtschaft in Zukunft verändern könnte, zeigte Hofer mit einem Blick nach vorne auf:

Die in Zukunft zu erwartende höheren Energiepreise könnten zu einer zunehmenden Rentabilität von Bioenergieproduktion führen, denn die Möglichkeit, aus Getreideanbau Energie zu gewinnen, besteht durchaus. Sobald der Preis auf dem Nahrungsmittelmarkt tiefer sinkt als der Wert, den Getreide in der Energieverwendung erzielt, steigen die Anreize zur Energieproduktion. Der Preisanstieg von Erdöl könnte also zu einer Verwendung von Agrarprodukten sowohl im Nahrungsmittel- als auch im Energiesektor führen und die Nachfrage steigern. Das hätte eine Senkung des Schutzes und der Stützung des Agrarsektors zur Folge (z.B. eine Herabsetzung der Zollbeträge bis gegen Null). Für die Schweiz würde dies bedeuten, dass die Produktionsintensität landwirtschaftlicher Güter steigen würde. Der Beruf des Bauern könnte durch den hohen Geldfluss in die Landwirtschaft an Attraktivität gewinnen, was

dem aber nicht nur zum Vorteil gereicht. Die Konkurrenz um Fläche könnte sich verschärfen, um nur ein Beispiel zu nennen.

Zusammenfassend sind sich alle Referenten einig: Der Klimawandel, die Nahrungsmittelproduktion und der Agrarhandel sind eng verwoben und verlangen nach Anpassungsstrategien und kreativen Optimierungsvorschlägen.